

Bundesamt für Justiz
Fachbereich I für Rechtsetzung
Bundesrain 20
3003 Bern

19. Juni 2013

Massnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Völkerrecht und Landesrecht – Änderung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (BPR) und der Bundesverfassung (BV)

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP begrüsst die Instrumente zur besseren Vereinbarkeit von Initiativen mit den Grundrechten und dem Völkerrecht. Sie unterstützt sowohl die Einführung eines materiellen Vorprüfungsverfahrens für Volksinitiativen wie auch die Ausdehnung der Ungültigkeitsgründe von Verfassungsänderungen auf die grundrechtlichen Kerngehalte. Die vorgeschlagene Neuregelung achtet die Volksrechte sowie die Grundwerte der schweizerischen Verfassungsordnung. Entsprechend begrüsst die EVP

- die Einführung eines materiellen Vorprüfungsverfahrens für Volksinitiativen (Vorlage A). Die materielle Vorprüfung wird vom Bundesamt für Justiz und der Direktion für Völkerrecht gemeinsam vorgenommen. Sie erfolgt vor der Unterschriftensammlung parallel und ergänzend zur formellen Vorprüfung durch die Bundeskanzlei. Das Ergebnis ist für das Initiativkomitee nicht bindend, muss jedoch auf dem Initiativbogen festgehalten werden.
- eine Teilrevision der Bundesverfassung zur Ausdehnung der materiellen Schranken von Verfassungsrevisionen auf die grundrechtlichen Kerngehalte (Vorlage B). Neu sollen Volksinitiativen für ungültig erklärt werden müssen, wenn sie den Kerngehalt von Grundrechten verletzen. Auch die vom Bundesrat oder vom Parlament angestossenen Revisionen der Verfassung müssen diese Schranken beachten.
- die Erweiterung des materiellen Vorprüfungsverfahrens um die Beachtung der grundrechtlichen Kerngehalte (Vorlage C). Wird der Kerngehalt der Grundrechte zu einem neuen Grund für die Ungültigkeit von Volksinitiativen (Vorlage B), so ist dieser Punkt in die materielle Vorprüfung der Initiativen (Vorlage A) einzubeziehen.

Bezüglich der Abstimmungsreihenfolge präferiert die EVP die zuerst skizzierte Lösung, wonach die Vorlagen A und B nach einer Genehmigung durch die Bundesversammlung gleichzeitig publiziert werden, die Vorlage C jedoch zunächst zurückbehalten wird. Da die Vorlagen A und B voneinander unabhängig sind, ist es nicht notwendig, zuerst über die Verfassungsänderung in Vorlage B abzustimmen.

Vielen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier